

1918

IN DER ERSTEN REPUBLIK 1918 BIS 1933



Die Ausrufung der Republik.



Am 12. November 1918 proklamieren zwei der drei Vorsitzenden des Staatsrats, der Nationalliberale Franz Dinghofer und der Sozialdemokrat Karl Seitz, vor einer riesigen Menschenmenge vom Parlament aus die Republik Deutschösterreich als Erbe der Revolution von 1848. Die Provisorische Nationalversammlung habe beschlossen, so heißt es in dem Aufruf, den neuen Staat „ALS FREIEN VOLKSSTAAT EINZURICHTEN, DESSEN GESETZE VOM VOLKE AUSGEHEN UND DESSEN BEHÖRDEN OHNE AUSNAHME VON DEN VERTRETERN DES VOLKES EINGESETZT WERDEN.“

Schon am 30. Oktober gesteht die provisorische Nationalversammlung Frauen erstmals das Recht auf politische Betätigung zu. Bei der Republikgründung wird dann das Frauenwahlrecht bereits für die Verfassunggebende Nationalversammlung fixiert. Nach der Wahl vom 16. Februar 1919 erhalten acht Frauen Mandate, die Christlichsoziale Hildegard Burjan (ganz links) und sieben Sozialdemokratinnen (auf dem Foto von der ersten bis zur dritten Reihe, jeweils von links nach rechts): Adelheid Popp, Anna Boschek, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Maria Tusch und Amalie Seidel. Emmy Freundlich (ganz rechts) fehlt auf dem Foto.

1919

Ende Oktober wird Kaiser Karl zur Abdankung gezwungen und die Reichsratsabgeordneten aus den (mehrheitlich) deutschsprachigen Gebieten der Monarchie stellen als Provisorische Nationalversammlung die Weichen für die demokratische Republik. Sie wählen einen „Staatsrat“, dem die „Staatskanzlei“ mit dem Staatskanzler als Regierungschef und seinen Staatssekretären zugeordnet sind. Die Republik will sich als autonomer Staat der ebenfalls neu entstandenen deutschen Republik anschließen, zusammen mit „Deutschböhmen“, dem Sudetengebiet und Südtirol. Im Friedensvertrag von Saint Germain muss Österreich darauf verzichten, nur das bisher ungarische Burgenland wird ihm zugeordnet, der Staatsname heißt jetzt „Republik Österreich“. Mitte 1920 tritt der Friedensvertrag in Kraft. Die Großdeutschen verlassen die Regierung, die Koalition zwischen SDAP und Christlichsozialen hält noch bis zum Beschluss der Verfassung, dann geht die Sozialdemokratie in Opposition. Die Republik wird als gemeinsamer Staat der „Bürger, Bauern und Arbeiter“ gegründet, aber nachdem die Revolutionsangst verflogen ist, ist es Ziel der politischen Mehrheit von Mitte bis Rechts, den Einfluss der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wieder zurückzudrängen. In diesem Spannungsfeld wird die Demokratie scheitern.